

Melania Trump fordert Gesetz gegen Rachepornos im digitalen Zeitalter

Melania Trump fordert im US-Kapitol Maßnahmen gegen Rachepornos. Ein neuer Gesetzesentwurf soll Täter strafrechtlich belangen.



Washington, USA - Melania Trump, die First Lady der USA, hat bei einem Runden Tisch im US-Kapitol ein drängendes Thema angesprochen: Rachepornos. Diese äußerst bedenkliche Praxis, bei der intime Bilder und Videos heimlich ohne die Zustimmung der abgebildeten Personen ins Internet gestellt werden, wurde in der von Künstlicher Intelligenz geprägten Gesellschaft als besonders alarmierend beschrieben. In ihrem leidenschaftlichen Appell forderte Melania Trump strengere Gesetze zum Schutz junger Menschen, die oft Opfer solcher digitaler Übergriffe werden. Sie wies darauf hin, dass der Missbrauch im Internet das alltägliche Leben von Familien stark beeinträchtigt, und betonte die Notwendigkeit, diesem wachsenden Problem entgegenzuwirken, um die sicherere Nutzung von sozialen

Medien zu gewährleisten, wie auch **Kosmo.at berichtete**.

Der Gesetzesentwurf „Take it Down Act“

Bei dieser Veranstaltung stellte die First Lady ihren vollständigen Rückhalt für einen neuen Gesetzesentwurf namens „Take it Down Act“ zur Schau, der das Veröffentlichen oder Androhen der Veröffentlichung solcher Inhalte als Bundesverbrechen einstuft. Insbesondere sind auch KI-generierte Inhalte betroffen, bei denen durch moderne Technologie beispielsweise das Gesicht einer Person ohne deren Zustimmung auf eine andere Person in einem pornographischen Kontext übertragen wird. Melania Trump sprach während ihrer ersten Rede im Kapitol nach ihrer Rückkehr ins Weiße Haus über die erschütternden Auswirkungen auf Opfer, darunter ein 15-jähriges Mädchen, dessen intimes Bild trotz Hilferufen der Familie weiterhin viral verbreitet wurde, wie von der **Allgäuer Zeitung berichtet**.

Das Gesetz, das gemeinsam vom republikanischen Senator Ted Cruz und der demokratischen Senatorin Amy Klobuchar eingebracht wurde, wurde bereits im Senat genehmigt und steht nun vor dem Abgeordnetenhaus zur Abstimmung. Sollte der Entwurf verabschiedet werden, verpflichtet er große Plattformen dazu, Rachepornos von ihren Seiten zu löschen, um den Schutz der Privatsphäre zu gewährleisten und den Druck auf soziale Medien zu erhöhen, aktiv gegen diese Form des digitalen Missbrauchs vorzugehen.

Details	
Vorfall	Sexualdelikte
Ort	Washington, USA
Verletzte	1
Quellen	• www.kosmo.at • www.allgaeuer-zeitung.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at